

Newsletter des Migrationsrats Berlin-Brandenburg

„Der Kampf um Teilhabe und Mitbestimmung“

Inhalt:

Seite 1

Der Kampf um Teilhabe und Mitbestimmung

Seite 2

„Migrant/innen“ definieren sich selbst

Seite 3

„Zivilcourage“ à la Sarrazin

Seite 5

Endstation Reha

Seite 6

Links, Termine, der MRBB

Anlässlich des Superwahljahres 2009 veranstaltete der MRBB am 18.09.09 eine Podiumsdiskussion, bei der es um das Wahlrecht von Drittstaatlern ging.

„Die heutige Tagung ist Zeugnis eines Kontinuums einer langen Tradition des Kampfes für Teilhabe und Mitbestimmung von Migrant/innen, der Anfang der 70er Jahre begann und unermüdlich anhält“, äußerte sich Riza Baran, einer der Gründungsväter des MRBB. Die Ergebnisse der Tagung würden sorgfältig ausgewertet und das weitere Vorgehen im Kampf für das Wahlrecht von Drittstaatlern darauf abgestimmt. Vieles sei schon erreicht, immer mehr Menschen aus Familien mit Migrationserfahrung partizipierten am öffentlichen Leben: Schriftsteller/innen und Politiker/innen hätten sich ihren Raum in der Gesellschaft geschaffen. Dies müsse schneller und umfangreicher geschehen. Vor allem gebe es aber strukturell noch alle Hände voll zu tun. Von zentraler Bedeutung ist das Wahlrecht für „Migrant/innen“, so sind sich alle Teilnehmer/innen der Podiumsdiskussion einig – Darunter Miguel Vincente (Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat in Rheinland-Pfalz), Mehmet Yildiz (Hamburger Bürgerschaft) und Tatjana Forner (Berliner Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen).

Der Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für Drittstaatler kamen Ende der 80er Jahre erstmals die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin nach. Allerdings erklärte das Bundesverfassungsgericht nach einer Klage der CDU am 31. Oktober 1990 diesen Beschluss für verfassungswidrig. Nach der

Konzeption des Grundgesetzes müsse für das Wahlrecht „die Eigenschaft als Deutsche/r vorausgesetzt [werden].“ Die Karlsruher Richter wiesen darauf hin, dass mit einer Verfassungsänderung, die das Erlangen der deutschen Staatsbürgerschaft erleichtere, der Ausübung politischer Rechte Rechnung getragen werden solle. Das Gegenteil war der Fall. Weitere Hürden wurden aufgestellt, die Einbürgerung erschwerten.

Die Aufgaben zur Prüfung der Deutschkenntnisse im Einbürgerungsprozess, die von einem so hohen Schwierigkeitsgrad sind, dass sie selbst von einem Großteil der deutschen Bevölkerung nicht beantwortet werden könnten, sind nur ein Beispiel dafür.

Der sog. „Optionszwang“, der ebenfalls Thema auf der Veranstaltung war, ist im höchsten Maße problematisch. Kinder, deren Eltern Drittstaatler sind, müssen sich nach ihrer Volljährigkeit bis zur Vollendung ihres 23. Lebensjahres zwischen ihren Staatsangehörigkeiten entscheiden. Aufgrund einer Entscheidung, die sie im jungen Erwachsenenalter getroffen haben, verlieren sie auf diese Weise verbindlich ihre demokratische Stimme, sofern sie sich gegen die Deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden. Der Optionszwang wird von vielen als eine Infragestellung ihrer Zugehörigkeit verstanden.

Nach dem die Bundesrepublik den Maastrichter Vertrag unterschrieb, der allen EU-Bürger/innen ein kommunales Wahlrecht einräumt und somit der Voraussetzung der „Eigenschaft als Deutsche/r“ für das Wahlrecht widerspricht, wäre eine Modernisierung der Partizipa-

*„Solange eine Gruppe von Menschen in einer Demokratie mit weniger Rechten auskommen muss als andere, werden Konflikte kaum versiegen können.“
Riza Baran*

tionsverhältnisse zu erwarten gewesen. War doch genau dies vom Bundesverfassungsgericht zum Kriterium des Wahlrechts gemacht worden. Die Erwartungen wurden enttäuscht.

„Migrant/innen“ versuchten anders mitzuwirken. Beiräte entstanden auf bezirklicher Ebene, wie z.B. der Beirat für Migration und Integration und seit 2003 der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen auf der Landesebene für Berlin.

Riza Baran schloss die Tagung mit einem Appell ab: „Das Pochen auf Homogenität ist schon längst nicht mehr zeitgemäß. Solange eine Gruppe von Menschen in einer Demokratie mit weniger Rechten auskommen muss als andere, werden Konflikte kaum versiegen können. Und solange, bis die Gleichstellung der Migrant/innen gewährleistet ist, werden wir weiter dafür kämpfen.“ *du*

Emanzipation: „Migrant/innen“ definieren sich selbst

Wer ist „Migrant/in“? Wer hat einen sog. „Migrationshintergrund“? Wer darf das bestimmen? Wer teilt ein und wer wird eingeteilt?

Das sind Fragen, die sich eine vom MRBB gegründete Arbeitsgruppe bei ihrem ersten Treffen stellte. In der Sprachverwaltung von Medien und Öffentlichkeit spiegeln sich gesellschaftliche Strukturen wider, verändern sich dort und wirken zurück auf die Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund ist nicht nur bedeutend, was über bestimmte Gruppen in Zeitungen und Magazinen, im Hörfunk und im Fernsehen, in Studien und in politischen Reden gesagt wird, sondern auch mit welchen Worten. Die AG setzt sich zum Ziel Begriffe und Definitionen, die mit „Migrant/innen“ in Deutschland zusammenhängen zu überdenken, zu präzisieren und neu zu formulieren.

Der geschützte Raum

Entscheidend, so eine Teilnehmerin, sei allerdings nicht nur das Ergebnis, sondern auch der Prozess selbst: Begriffe und Definitionen für die eigene „Gruppe“ zu formulieren, ist ein Akt der Selbstbestimmung.

So wurde bei der ersten Sitzung zu Recht mehr darüber gesprochen, wie der Prozess der Begriffsfindung gestaltet werden kann. Es stellte sich die Frage mit welcher Konstellation von Teilneh-

mer/innen so weit wie möglich vermieden wird, dass zu überwindende Strukturen ungewollt reproduziert werden.

In diesem Zusammenhang wurde das Konzept des „geschützten Raumes“ mehrfach erwähnt. Der MRBB als Dachverband von über sieben Mitgliedernorganisationen arbeitet hauptsächlich, aber nicht ausschließlich mit „Migrant/innen“-Selbstorganisationen (MSO) zusammen. Was sich allerdings alle Mitglieder, ob MSO oder nicht, gemeinsam auf die Fahnen geschrieben haben, ist der Kampf um die Rechte von Menschen aus „Migrant/innen“-Familien. Nach dem Konzept des geschützten Raumes, der in Deutschland vor allem in der feministischen Bewegung eine Rolle gespielt hat, kann es und wird es aber immer wieder Problemstellungen geben, welche die „Migrant/innen“ und andere Minderheiten unter sich klären möchten und müssen. Begründet wird dies mit internalisierten Machtstrukturen – im Zuge der Sozialisation verinnerlichte und deshalb für selbstverständlich gehaltene Ansprüche auf Privilegien. Diese könnten nur mühsam, selten vollständig und wenn überhaupt nur in längeren Prozessen erkannt und abgebaut werden. So kann ein Mann seine männliche Sozialisation und damit zusammenhängende Vorurteile und Verhaltensweisen gegenüber Frauen zwar auf ein Minimum reduzieren, aber nur

Begriffe und Definitionen für die eigene „Gruppe“ zu formulieren, ist ein Akt der Selbstbestimmung.

selten ganz frei von ihnen sein. Gleichzeitig können Frauen ebenfalls solche Strukturen verinnerlichen und deshalb unbewusst die Machtverteilung anerkennen und mitreproduzieren.

Der Hintergrund des Migrationshintergrunds

Das Wort „Migrant/in“ bspw. sei in einem geschützten Raum entstanden. „Ausländer/innen“ und „Gastarbeiter/innen“ der ersten Generation, so eine Teilnehmerin der AG, hätten diese Bezeichnung erkämpft: „Migrant/in ist eine Selbstbezeichnung, keine Zuschreibung.“

Anders verhält es sich mit dem Wort „Migrationshintergrund“. Hier werden sämtliche visible Minderheiten beschrieben bzw. erst als solche markiert. Dabei ist im alltäglichen und öffentlichen Sprachgebrauch gar nicht von Bedeutung, ob genannte Personen oder ihre Eltern Migration erfahren haben oder

nicht. Auch Schwarze Deutsche und Sinti und Roma werden mitunter als „Menschen mit Migrationshintergrund“ bezeichnet, obwohl sie teilweise eine Jahrhunderte alte deutsche Geschichte haben.

Einige Teilnehmer/innen der AG sehen in dem Wort ein sprachliches Instrument, um bestimmte Menschen unabhängig von ihrer Sozialisation und Geschichte, bewusst oder unbewusst, über Generationen hinweg als anders zu markieren. Die Tatsache, dass auch MSOs und andere „Migrant/innen“-Verbände dieses Wort annehmen und für ihre Selbstdarstellungen nutzen, ist aus dieser Perspektive als eine internalisierte Machtstruktur zu verstehen.

Am Do. den 29.10.09 findet das nächste AG-Treffen statt. Das weitere Vorgehen und mögliche Gruppenkonstellationen sollen dann geklärt werden. *du*

...ein sprachliches Instrument, um bestimmte Menschen unabhängig von ihrer Sozialisation und Geschichte, bewusst oder unbewusst, über Generationen hinweg als anders zu markieren...

„Zivilcourage“ à la Sarrazin

Wenn sich die Communities einig sind, muss das etwas zu bedeuten haben. Die Communities könnten heterogener nicht sein. Sie repräsentieren die unterschiedlichsten Traditionen, Religionen, Sprachen, politischen Ansichten und Status, kurz: die unterschiedlichsten Kontexte. Allerdings gibt es bei bestimmten Vorfällen keine zwei Meinungen, sämtliche „Minderheiten“ treten dann geschlossen auf. In jüngster Zeit haben sich solche Vorfälle gehäuft.

Mindestens drei Skandale beschäftigten die Medien in den letzten Monaten. Für die Gemeinden, Räte, Verbände und Initiativen der Minoritäten lagen die Skandale dann mehr in der Art und Weise, wie sich Medien zu diesen Themen äußerten oder eben nicht äußerten.

Bei den drei Eklats handelt es sich erstens um den Tumult bezüglich der Aus-

stellung „die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“, die von der Geschäftsführerin der Werkstatt der Kulturen (WdK), Philippa Ébéne, abgelehnt wurde. Zweitens um die Enthüllung eines Gedenksteins im Bezirk Berlin-Neukölln, ursprünglich vorgesehen als Mahnmal des Völkermords in Namibia 1904 und 1908. Drittens um die Äußerungen von Thilo Sarrazin, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank. Bei ersterem waren sämtliche Vereine und Räte geschlossen der Meinung, dass die aggressive Reaktion der Medien auf die Entscheidung der Geschäftsführung nicht gerechtfertigt ist und stellten sich hinter diese Entscheidung. Im letzteren Fall vereinte der Schock erst über das Gesagte, dann über die Medienreaktion darauf die Communities. Bei dem gescheiterten Gedenkversuch war es das Schweigen der Medien, das geschlossene Fassungslosigkeit auslöste.

*„Es ist wie in der Kolonialzeit: Es wird über uns gesprochen, nicht mit uns“
Israel Kaunatjike*

Der eigentliche Skandal für die Minderheiten-Verbände begann aber erst, als sich der Grundtenor in den Medien änderte...

*„Integration ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Von ‚Bring-schuld‘ oder von ‚türkischen oder arabischen Problemen‘ zu sprechen, beweist nur das Versäumnis von Herrn Sarrazin (...) an diesem Prozess teilgehabt zu haben“
Hilmi Kaya Turan*

Die Werkstatt der Kulturen wurde 2008 dank der Federführung von Philippa Ébéne seitens der Unesco mit der „Toussaint Louverture-Medaille“ ausgezeichnet, die für „besondere Beiträge im Kampf gegen Hegemonie, Rassismus und Intoleranz“ verliehen wird. Ausschlaggebend für die Verleihung war ein Festival aus dem Jahr 2008 mit dem Titel „200 Years Later...“ gewesen. Dabei ging es darum zur zweihundertsten Jah- rung der offiziellen Abschaffung des Sklavenhandels, eine Tradition des Widerstandes zu würdigen, die in Deutschland weitestgehend unbeachtet geblie- ben war. Biographien und Leistungen wichtiger Widerstandskämpfer/innen, die sich gegen Kolonialismus und Sklaven- handel zur Wehr gesetzt hatten, wurden in der Festivalwoche vorgestellt. Nach diesem Konzept des Perspektivwechsels hat Ébéne das gesamte Programm der WdK ausgerichtet. In diesem Kontext ist auch die Konzipierung einer Ausstellung zu sehen, die all diejenigen würdigen sollte, die von den Westmächten koloni- siert worden waren und sich am Wider- stand gegen das Naziregime beteiligten. Als Ébéne eine Ausstellung ablehnte, weil sie in dieses Konzept nicht passte, schossen von allen Seiten Vorwürfe, Unterstellungen und verdrehte Tatsachen ein. Die Medien stellten sie beinahe uni- sono – nur wenige Ausnahmen gab es – an den Pranger. Das Feld war frei und plötzlich tobten in den Medien Begriffe wie „Zensur“, „Rassismus“, „entartete Kulturen“. Für Organisationen, wie die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland e.V., Adefra e.V. oder dem MRBB war die Medienreaktion ein Skan- dal. „Hätte die Kompetenz eines Mit- glieds der Mehrheitsgesellschaft auf die- se Art und Weise in Frage gestellt, diffa- miert und attackiert werden können?“, fragte jemand bei der Podiumsdiskussion am 30.09.09, die zum Abschluss der Veranstaltung „Erinnerung in der Ein- wanderungsstadt – Umgang mit ge- schichtlicher Verantwortung“ vom Beauf- tragten des Senats für Integration und Migration in der WdK stattfand, „mit einer Schwarzen Frau geht das offensichtlich!“

Der zweite Eklat verlief im Stillen: Wes- halb wurde kaum darüber berichtet, dass im Garnisonsfriedhof ein Gedenkstein mit veränderter Aufschrift gesetzt wurde? Die Empörung darüber, dass das Be- zirksamt Berlin-Neukölln den Völkermord in Namibia 1904 und 1908 dort nicht er- wähnt haben möchte, bleibt so von vie- len ungehört. Seit 1970 steht dort schon ein Gedenkstein, der an die deutschen Soldaten erinnert, die in diesem Zusam- menhang gefallen sind. Ein Skandal für die Communities, nicht für die Medien, dabei könnte man in dem Fall doch wirk- lich von „Zensur“ sprechen, immerhin wird auf dem Gedenkstein ein Völker- mord verschwiegen. „Dies ist ein Vorge- hen, das bei weißen Opfern schwer vor- stellbar ist“, sagt Israel Kaunatjike, ein in Berlin lebender Herero-Vertreter. „Uns ärgert, dass weder der Völkermord be- nannt wird noch die Opfergruppen. Zu- dem ist es vollkommen unverständlich, warum keine Vertreter von Herero und Nama aus Namibia zur Enthüllung einge- laden worden sind. Es ist wie in der Ko- lonialzeit: Es wird über uns gesprochen, nicht mit uns“, so Kaunatjike. Der Afrika- Rat, der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER), Berlin Postkolonial, die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD Bund), p.art.ners ber- lin-windhoek, Solidaritätsdienst- international (SODI) sind nur einige der Organisationen aus den Communities, die Kaunatjike zustimmen.

Bleibt da noch der dritte Punkt aus dem Skandalreigen: Sarrazins Interview im Kulturmagazin Lettre International. Die Äußerungen Sarrazins sind rassistisch in klassischer Manier: Er ethnisiert vermeintliche Probleme und Lösungen und verlangt, dass die Politik darauf abge- stimmt wird. Der Zentralrat der Juden und die Türkische Gemeinde Deutsch- land (TGD), zwei der größten Minderhei- tenvertreter, gaben gemeinsam eine Pressekonferenz. Auch hier wieder: kei- ne zwei Meinungen. Anfangs schien so- gar der Grundtenor in den Medien mit dem in den Communities übereinzu- stimmen. Der eigentliche Skandal für die

Minderheiten-Verbände begann aber erst, als sich der Grundtenor in den Medien änderte, plötzlich wurde gefragt, ob Sarrazin denn nicht eigentlich Recht habe. Die FAZ geht sogar soweit Sarrazin „Zivilcourage“ zuzusprechen, weil er Wahrheiten ausgesprochen habe, die tabuisiert seien. Spiegel TV drehte eine Kurzreportage in der Sarrazinsaussagen „überprüft“ werden sollten und lief mit Kameras in „Integrationskurse“ und vor Moscheen und siehe da, in den Deutschkursen fanden sich sogar Menschen, die nur gebrochen Deutsch sprechen. Die Bild-Zeitung führte eine Umfrage unter „Deutschen“ durch und kam zu dem Ergebnis, dass so und so viel Prozent Sarrazins Aussagen stützen. Allerdings ist Lettre International ein teures Elitemagazin und es ist kaum davon auszugehen, dass die Bildleser/innen sich da vor der Umfrage durchgearbeitet haben.

Auch im Stern wird gefragt: „Hat Sarrazin recht?“ Dass diese Art mit den ethnisiert-

enden, rassistischen Aussagen Sarrazins umzugehen ganze Bevölkerungsgruppen kränkt und entwürdigt und zwar mehr als die Aussagen selbst, ist nicht offensichtlich?

„Integration ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Dabei von „Bringschuld“ oder von „türkischen oder arabischen Problemen“ zu sprechen, beweist nur das Versäumnis von Herrn Sarrazin und den wenigen Gleichgesonnenen an diesem Prozess teilgehabt zu haben“, so Hilmi Kaya Turan, ein Sprecher des MRBB.

Die Geschehnisse und die Art, wie Medien auf diese reagiert haben, lösten bei vielen Gruppen für Empörung und Frust aus. Das erfreuliche jedoch sollte nicht vergessen werden: Wenn es darauf ankommt, wenn es um Rassismus und koloniale Inszenierung geht, halten die Communities trotz hoher Heterogenität offensichtlich zusammen. *du*

Wenn es darauf ankommt, halten die Communities zusammen...

Endstation Reha

Von der Arbeitsagentur für Arbeit geförderte Rehamaßnahmen assoziieren die meisten von uns wohl eher mit Menschen, die es aufgrund körperlicher oder geistiger Beeinträchtigungen schwerer auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Dem ist nicht so! Nein, auch psychisch beeinträchtigte Menschen können in den Genuss von Rehamaßnahmen kommen. Und mehr noch, auch Menschen, denen noch nie eine Beeinträchtigung bescheinigt wurde und die sich vollends in der Lage glaubten gewohnter Arbeit/Ausbildung nachzugehen, können in den Genuss von Reha kommen – mit oder gegen ihren Willen.

Im Konkreten ist die Sprache von einem jungen 21-jährigen Mann, der zwar nicht mehr den „falschen“ Aufenthalt besitzt, um seitens der Agentur beraten zu wer-

den, wohl aber über andere „falsche“ Voraussetzungen verfügt um einen Vermittlungsvorschlag zu erhalten, der es ihm ermöglichen würde eine vom Senat geförderte Verbundausbildung zu beginnen.

Selbst um an einer Nachvermittlungsaktion der IHK teilzunehmen um dann eine Empfehlung für einen Ausbildungsplatz zu bekommen, reichen die Voraussetzungen nicht,

ganz frei nach dem Motto: Ausbildung, nur mit unserem Einverständnis!

Falsche Voraussetzungen! Der junge Mann verfügt über keinen EU Aufenthalt, was der Grund für seine, ihm zugewiesene Berufsberaterin war, ihn bereits Jahre zuvor wegzuschicken. Es wurde erneut

Erkenntnisse zu den Verteilungs- und Entmündigungspraxen sogenannter staatlicher Benachteiligtenförderungen

Migrationsrat Berlin-Brandenburg

Oranienstr. 34
10999 Berlin

TELEFON:
030 / 61658755

FAX:
030 / 61658756

E-MAIL:
presse@mrbb.de

Herausgeber: MRBB

Redaktion:
Deniz Utlü, Fakra Fatnassi,
Elena Brandalise, Claudia
Hahn, Pavao Hudik

*Texte können verwendet und ver-
vielfältigt werden, sofern die Quelle
angegeben ist.*

www.mrbb.de

ein Gesuch auf eine Berufsberatung gestellt, diesmal mit Unterstützung von Mitarbeiter/innen des Netzwerkes für Bleiberecht, Arbeit und Ausbildung. Wieder die gleiche Sachbearbeiterin, wieder die gleiche Argumentation; nur diesmal kam ein Veto, der sogleich die Beauftragte für Chancengleichheit erreichte. Jetzt wurde dem jungen Mann eine Beratung zuteil. Er hatte ein Anliegen, einen Auftrag.

Der Verbundausbildungsträger, bei dem er sich beworben und vorgestellt hatte, wies ihn an, sich bei der Agentur für Arbeit zu registrieren und einen Vermittlungsvorschlag zu erbringen – den sollte er ohne weiteres bekommen dürfen. Weit gefehlt, die Sachbearbeiterin erklärte ihm, dass erst die Eignung zu prüfen sei. Ein psychologischer Test ergab dann kurz und bündig: Der junge Mann ist als

lernbehindert einzustufen und sie nicht mehr für ihn zuständig. Bleibt nur eine Frage zu klären: Wie kommt ein als lernbehindert eingestuft Mensch eigentlich zu einem Zeugnis, das ihm den erweiterten Hauptschulabschluss bescheinigt mit einem Notenschnitt von 3,1 – keiner mangelhaften Note. Wie kommt er dazu im Rahmen einer MDQMII-Ausbildung für den angestrebten Beruf im Allgemeinen und fachtheoretischen Unterricht einen Notendurchschnitt von 2,6 zu erzielen oder gar dazu an MSA Prüfungen teilzunehmen?

Fragen, auf die wir wohl nicht ohne weiteres Antworten bekommen werden, wohl aber Erkenntnisse zu den Verteilungs- und Entmündigungspraxen so genannter staatlicher Benachteiligtenförderungen. ff

1) Interview mit Şeyla Benhabib „Der Gast ist Mitbürger“ in der Wochenzeitung „Der Freitag“: <http://www.freitag.de/kultur/0934-der-gast-ist-mitbuenger>

2) Notfallpatienten ohne Papiere dürfen den Ausländerbehörden nicht mehr gemeldet werden: http://www.medibuero.de/de/News/Presseerklaerung09-10-06_zur_VerwV_AufenthG.html

3) Filmkritik: „Augenblick der Freiheit“, Fluchtdrama von Arash T. Riahi, <http://www.if-id.de/de/?cat=9>

4) Europas Grenzen: Gespräch mit Elias Bierdel und Tibor Sturm über den Zusammenhang der Grenzen der „Festung Europa“ und den Grenzen zwischen den Menschen, <http://www.freitext.com/magazin.php?text=essay8>

Pinnwand

Di, 20.10.09, 18-20 Uhr, AG Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung

Mo, 26.10.09, 15 Uhr, Fachgespräch zu den Unterstützungsangeboten am Übergang Schule-Beruf für benachteiligte Jugendliche

Do, 29.10.09, 16-18 Uhr AG zu Begriffen und Definitionen

Do, 05.11.09, 18-20 Uhr Gewalttat und Referenzsystem: Ist die Herkunft der Täter/innen ausschlaggebend oder die Tat? „Täter- oder Opferprofil“, wo schauen wir genauer hin?

Mi, 11.11.09, 17-19 Uhr, Gegen die Wand? Residenzpflicht als Abschottung im Kontext einer rassistischen europäischen Migrationssteuerungspolitik

Di, 17.11.09, 17-19 Uhr, Rassismus in der Mitte Der Gesellschaft

Fr, 20.11.09, 14-18Uhr, Eltern Mehr Zutrauen. Abweichender Ort: Rathaus Schöneberg, BVV-Saal

Termine beim MRBB

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), ein Dachverband mit 76 Mitgliedsorganisationen, versteht sich als Interessensvertretung von „Migrant/innen“ und ihren Angehörigen und setzt sich für ihre rechtliche, soziale und politische Gleichstellung ein. Themen des MRBB sind u.a. Partizipation, Bildung, Medien und Empowerment. Der Newsletter soll monatlich erscheinen und ist als Informationsmedium an alle direkten oder indirekten Mitglieder und darüber hinaus an Multiplikator/innen und Interessierte gerichtet. Für Mitglieder wird es monatlich einen Redaktionstag geben, an dem sie ihre Anliegen für den Newsletter thematisieren können. Artikel können unverbindlich an presse@mrbb.de gesandt werden.

Über den MRBB